

Bericht über die Sitzung des Gemeinderats am 17.01.2022

Entschuldigt: Stadträtin Franziska Reiger

Haushaltsplan 2022 der Stadt Neresheim und Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung; Stellungnahmen und Anträge der Fraktionen

Folgende Stellungnahmen gaben die einzelnen Fraktionen zum Haushalt 2022 ab:

Für die Fraktion der **CDU** führte **Stadtrat Grupp** aus:

„Die Pandemie verändert unsere Leben und unsere Entscheidungen, es ist wichtig und notwendig, mit den belastenden Momenten umzugehen - unter diesen Gedanken stelle ich die Haushaltsrede der CDU-Fraktion. Was können wir tun, um die Pandemie zu besiegen?! Denken Sie darüber nach. Die Corona-Pandemie hält uns weiterhin, trotz Impfstoff, in Atem. Aktuell sehen wir es als notwendig, dass sich alle Menschen, deren Gesundheit es zulässt, impfen lassen. Wir bitten unsere Bürgerinnen und Bürger, diesem Aufruf nachzukommen. Im Ergebnishaushalt für das vergangene und das zukünftige Jahr schließen wir mit dem sogenannten ordentlichen Ergebnis negativ ab. Das bedeutet auf gut Deutsch, dass die Stadt diesen Betrag im laufenden Haushalt nicht erwirtschaften kann. Dieser nicht gedeckte Betrag kann auch nicht durch Kreditaufnahmen wie beispielsweise bei den Investitionen, abgedeckt werden, sondern belastet die folgenden Jahre. Wir appellieren deshalb an Bund und Land, hier nachzusteuern, um die Leistungsfähigkeit der Kommunen (unserer Stadt) zu erhalten. Insbesondere sollten die laufenden Sachkostenbeiträge für Schulen, die Zuschüsse für den Betrieb der Kitas sowie die Zuweisungen für Gemeindestraßen so erhöht werden, dass auch die Abschreibungen, die mittlerweile auch für die öffentlichen Einrichtungen zu refinanzieren sind, erwirtschaftet werden können.

Wir spüren es sowohl im privaten als auch im beruflichen Umfeld. Die Vernetzung nimmt zu und neue Kooperationen entstehen – auch auf kommunaler Ebene. Für Kommunen ergeben sich daraus vielfältige Herausforderungen und große Chancen. Auch bei der Verwaltung der Stadt Neresheim findet die digitale Transformation statt. Wir begrüßen es, dass die EDV auf die Software „Session“ umgestellt wird, wodurch das Sitzungsmanagement ausgebaut und angepasst werden wird. Unsere Forderung ist nun, dies in digitalen Zugangswegen und Servicelösungen für alle Bürgerinnen und Bürger auf den Weg zu bringen und nutzbar zu machen. Die Stadt Neresheim besitzt 72 Gebäude. Diese zu unterhalten und zu bewirtschaften, stellt eine große Aufgabe dar. Wir stellen den Antrag, dass die Verwaltung prüft und darstellt, wann und wie die einzelnen Gebäude genutzt und benötigt werden. Dadurch soll dem Arbeitskreis Gebäude eine Priorisierung dargestellt werden, welche Gebäude unwirtschaftlich sind und abgestoßen werden können. Ein Ziel unseres neuen Haushalts muss es sein, die allgemeinen

Unterhaltungsausgaben zu reduzieren. Eine enorm wichtige Aufgabe bekommt in diesem Sinn unser Arbeitskreis Gebäude. Hier gilt es, auch seitens der Verwaltung, mit Nachdruck eine Einsparung erreichen zu wollen.

Klimaschutz als fester Bestandteil der Unternehmensstrategie hat ökologisch und ökonomisch positive Auswirkungen. Welche technischen Möglichkeiten gibt es? Was machen andere Städte auf ihrem Weg zur Klimaneutralität und wie erfolgreich sind sie damit? Lassen wir uns inspirieren!

- Umweltfreundliche Mobilität
- Energetische Gebäudesanierung
- Energiemanagement: Analyse ist wesentlich

Unser Ziel ist es, jede wirtschaftliche Handlung durch Gemeinde, Gewerbe und Bürger auf eine möglichst hohe Umwelt- und Klimaverträglichkeit zu überprüfen. Hierfür stellen wir den Antrag, dass im kommenden Jahr die ökologischen Maßnahmen, die begonnen wurden, beendet und die geplanten zwingend umgesetzt werden. Die dafür benötigten Fördergelder sollen beantragt werden.

Innenentwicklung vor Außenentwicklung:

Die über Jahrhunderte gewachsene lebendige Dichte und Nutzungsmischung in unserer Stadt und Ortsteilen ist mit Neubaugebieten niemals zu erreichen. Daher sollte jede weitere Ausdehnung möglichst vermieden werden. Vor der Ausweisung neuer Baugebiete oder der Erweiterung von Siedlungsflächen nach außen sollten daher zuerst die vorhandenen Stadtgebiete dem sich ständig wandelnden Bedarf angepasst und weiterentwickelt werden. Im Klartext bedeutet dies: Die Innenentwicklung steht vor der Außenentwicklung.

Erneuern, erhalten und erweitern:

Ein Leuchtturm-Projekt wird in den kommenden Jahren gestartet. Die Generalsanierung der Härtsfeldschule. Hier ist vorab noch zu prüfen, wie wir mit dem Bildungshaus, dem dazugehörigen Kindergarten und dem Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung verfahren.

Durch den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und der sich daraus ergebenden Lage, dass wir zu wenig Plätze anbieten können, sind wir zum Handeln gezwungen. Ab September 2022 haben 52 Kinder keinen Kitaplatz.

Dazu kommt auch der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung für Kinder im Grundschulalter. Hierfür hat der Gemeinderat eine Machbarkeitsstudie beauftragt, damit wir hier alle Standorte durchleuchten.

Die Sanierung der Härtsfeldschule ist dringend notwendig; für diese Maßnahme liegt eine Kostenschätzung von 14 Mio. Euro vor. Hierfür benötigen wir hohe Zuschüsse und wir werden die

Sanierung auf mehrere Jahre strecken müssen. Dieses Projekt ist für uns von hoher Priorität und wir werden die notwendigen Maßnahmen unterstützen.

Für die Turnhalle in Schweindorf sind im Investitionsplan 60 000€ eingeplant.

Hier stellen wir den Antrag, eine Bauzustandsprüfung für die Halle in Schweindorf zu erstellen. Danach muss unter Berücksichtigung der Zuschüsse geprüft werden, ob sich eine Sanierung der Halle lohnt. Oder ist ein Bürgerhaus, mit einem Standort beim Dorfplatz, für die Bürger in Schweindorf zukünftig der bessere Weg.

Die Schwerpunkte im Haushalt 2022:

Wir realisieren 2022 viele wichtige Projekte: die Gewerbegebiete „Im Riegel Nord“ und „Reichertstal IV“, das neue Baugebiet „Sandgrube III“ in Dorfmerkingen, sowie die Sanierung der Ortsdurchfahrt Elchingen.

Wie lebt man im Alter in Neresheim? Die Bevölkerung in den Städten und Gemeinden steht in einer historischen Entwicklung. Nie zuvor lebten so viele Menschen im hohen Alter wie heute, und in Zukunft wird die Zahl noch deutlich zunehmen. Bei der Planung für die Innenstadt ist es notwendig, hier zeitnah zu agieren. Deshalb schlagen wir vor, einen Seniorenbeirat zu gründen.

Kultur ist systemrelevant. Wie sehr merken wir diesen Leitspruch in der aktuellen Pandemie. Auch für die nächsten Jahre ist mit den Heimattagen 2024, in gemeinsamer Ausrichtung mit den Gemeinden Dischingen und Nattheim, einiges geboten. Dies sind Aktionen und Events, die unsere Gemeinde aufleben lassen und lebenswert machen. Hier fordern wir für das Jahr 2022 mehr Transparenz von der Verwaltung. Es ist uns wichtig, für verschiedene Events eine Kostenaufstellung mit allen internen Verrechnungen zu bekommen. Nur durch diese Transparenz ist es dem Gemeinderat möglich, zu handeln.

Fortschreibung des Nahverkehrsplans des Ostalbkreises:

In der Fortschreibung des Nahverkehrs bis im Februar 2022 sehen wir die Notwendigkeit, dass die Verwaltung gemeinsam mit dem Gemeinderat Vorschläge ausarbeitet und dem Kreistag vorlegt. Der ÖPNV ist für uns ein Bindeglied zur CO₂-Reduzierung.

Ein wichtiger Punkt beim ÖPNV ist der Schnellbus; dieses Angebot ist mit in die Fortschreibung des Nahverkehrsplans aufzunehmen. Es fehlen verschiedene regelmäßige Verbindungen in die angrenzenden Städte und Bahnlinien. Wir alle unterstützen den Ausbau des ÖPNV. Aus diesem Grund müssen auch die Bushaltestellen entsprechend ausgeführt sein. Ende 2020 und im Laufe des Jahres 2021 wurde die Ortsdurchfahrt Neresheim (B 466) saniert. Es wurde dabei "vergessen", an den Bushaltestellen Hochbordsteine einzubauen. Die einzige Haltestelle die entsprechend umgebaut wurde, ist bei Firma Weisser. An allen anderen Haltestellen wurde kein Umbau vorgenommen. Wenn wir den ÖPNV ausbauen, gehören solche Umbauten zwingend dazu.

Wir stellen folgenden Antrag: Die umgesetzten Maßnahmen müssen geprüft werden, inwieweit die Möglichkeit besteht, die Bushaltestellen auszubauen. Für die Zukunft ist es notwendig, dass solche Maßnahmen bei der Straßensanierung umgesetzt werden.

Umgestaltung der Leichenhalle in Neresheim:

Es ist dringend notwendig, dass hier eine Planung durchgeführt wird. Hier stellen wir den Antrag, dass die Planungskosten in Höhe von 10 000 € nicht im Jahr 2023, sondern im Jahr 2022 aufgenommen werden. Mit der Planung soll dann eine endgültige Entscheidung beigelegt werden.

Jugendinitiative

Die Arbeit der Jugendinitiative nimmt Gestalt an. Es ist für den Gemeinderat, aber auch für die Bevölkerung von großer Bedeutung, was die Jugendinitiative für Ziele anstrebt und verfolgt. Für die nächsten Stellungnahmen und Anträge der Fraktionen sehen wir es für wertvoll, dass die Jugendinitiative eine Stellungnahme mit einbringt.

Ein Projekt möchte ich noch hervorheben. Das Natur- und Artenschutzprojekt „Wisent-Weide“ auf dem Härtsfeld. Hier gilt unser Dank an Sie, Herr Bürgermeister Thomas Häfele, dass Sie unermüdlich das interkommunale Projekt mit der Gemeinde Nattheim vorangetrieben haben. So entsteht eines der größten Natur- und Artenschutzprojekte in Baden-Württemberg auf dem Härtsfeld. Herzlichen Dank hierfür.

Zum Abschluss hebe ich die Bedeutung des großen Zusammenhalts in Neresheim hervor: „Selbst, wenn wir finanziell alles richtigmachen, können wir nur als Stadtgesellschaft erfolgreich sein. Wir alle bilden diese Stadt, wir sind aufeinander und auf ein lebendiges Miteinander angewiesen. Deshalb sage ich an dieser Stelle, im Namen der CDU-Fraktion: Danke an die Bürgerinnen und Bürger, Gewerbetreibenden und Vereine, die diese Gemeinschaft lebendig machen und trotz Corona auch im vergangenen Jahr unterstützt haben.

Wir können die Pandemie nicht weg zaubern, aber wir können gegen den Virus Maßnahmen ergreifen und umsetzen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit“

Stadträtin Brenner gab die Stellungnahme der **Freien Wähler** wie folgt ab:

„Im Jahr 2022 entstehen für die Erschließung der Gewerbegebiete „Im Riegel Nord I“, „Reichertstal IV“, mehrere Wohnbaugebiete in der Kernstadt und in den Ortsteilen erhebliche Kosten. Der damit verbundene enorme finanzielle Aufwand, muss zunächst durch die Stadt vorfinanziert werden und belastet entsprechend hoch den Haushalt 2022. Über die Erhebung

von Erschließungsbeiträgen können Erschließungskosten größtenteils an die Grundstückserwerber weitergegeben werden. Dadurch kann mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung eine weitgehende Refinanzierung erreicht werden. Gegenüber den Vorjahren stark gestiegene Bau- und Materialkosten führen zudem zwangsläufig dazu, dass sich Grundstückspreise gegenüber den Vorjahren deutlich erhöhen. Dieser Preisentwicklung können wir uns auch bei der Festsetzung der Verkaufspreise von Gewerbe- und Wohnbauflächen nicht verschließen. Wir sind doch nach den allgemeinen Grundsätzen der Haushaltswirtschaft in der Gemeindeordnung rechtlich zu einer sparsamen, gleichzeitig jedoch auch zu einer wirtschaftlichen Haushaltsführung verpflichtet. Folgt man diesem Grundsatz, so erscheint es logisch, dass Verkaufspreise für Gewerbe- und Wohnbauflächen mindestens so hoch festgelegt werden, dass die Grunderwerbskosten der Gemeinde inklusive der abrechenbaren Erschließungskosten gedeckt werden. Umso unverständlicher ist es für die Fraktion der Freien Wählervereinigung, dass bei der Festsetzung des Kaufpreises für die Gewerbeflächen im Gewerbegebiet „Im Riegel Nord I“, dieser oben erläuterte Grundsatz offenkundig von der Mehrheit des Gremiums nicht berücksichtigt und ein unterhalb der Kostendeckung liegender Quadratmeterpreis beschlossen wurde. Die Befürchtung, dass die Vermarktung der Flächen bei einem weitgehend kostendeckenden oder sogar eines geringfügig darüber liegenden Preises deutlich erschwert oder sogar unmöglich sein könnte, halten wir für unbegründet. Von Herrn Bürgermeister Häfele wurde stets betont, dass die Nachfrage nach Gewerbeflächen in Neresheim das Angebot übersteige. Beispielsweise kam das in den Begründungen zur Erforderlichkeit zur Aufstellung der Bebauungspläne für die Gewerbegebiete sowie auch erst kürzlich anlässlich der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2022 zum Ausdruck. Halten wir uns diese hohe Nachfrage vor dem Hintergrund der allgemein bekannten marktwirtschaftlichen Prinzipien vor Augen, ist es für uns umso unerklärlicher, wie ein sich unterhalb der Kostendeckung befindlicher Quadratmeterpreis von der Verwaltung vorgeschlagen und vor allem auch noch mehrheitlich durch das Gremium beschlossen wurde. Bei gleichbleibendem Angebot, einer erhöhten Nachfrage und vor allem mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit weiterhin steigenden Material- und Rohstoffpreisen haben wir bereits heute einen Verkaufspreis festgesetzt, bei dem mit jedem verkauften Quadratmeter die städtischen Verbindlichkeiten wesentlich und bewusst von vornherein erhöht werden. Das angestrebte Ziel, mit der Schaffung von Gewerbeflächen die Einnahmesituation der Gemeinde schnell zu verbessern, wird durch diese Beschlussfassung deutlich erschwert und die Erreichbarkeit einer verbesserten Einnahmesituation rückt unnötiger Weise in weitere Ferne. Deshalb appellieren wir an die Verwaltung und den Gemeinderat, diese Bedenken bei der zukünftigen Preisfestsetzung von Quadratmeterpreisen bei Gewerbe- bzw. Baugebieten zu berücksichtigen. Wir brauchen solche Einnahmen, um die weiteren dringenden Vorhaben, aber vor allem die Pflichtaufgaben der Gemeinde zu finanzieren.

Hierzu zählen nach unserer Beurteilung

- der Ausbau des Breitbandnetzes,
 - die Digitalisierung der Verwaltung,
 - die Sanierung der Härtsfeldschule
 - und die Erweiterung der Ganztagsbetreuungsplätze für Kleinkinder & Grundschulkin-
- der.

Die vorgesehenen Investitionen für den Ausbau des Breitbandnetzes und die Digitalisierung der Verwaltung können unseres Erachtens nicht aufgeschoben, sondern müssen dringendst umgesetzt werden. Eine höhere Datenübertragungsrate kommt hierbei nicht nur privaten Nutzern zugute, sondern allen voran unseren Unternehmen, deren Standort- und Wettbewerbsbedingungen verbessert werden. Um noch effektiver und bürgerfreundlicher arbeiten zu können, muss zudem die EDV-Ausstattung der Verwaltung modernisiert werden. Dadurch wäre es sicherlich auch möglich, vermehrt Online-Dienste anzubieten, sodass möglicherweise mancher Gang zum Rathaus durch ein entsprechend digitales Angebot auf der Homepage der Stadtverwaltung ersetzt werden könnte.

Für die Sanierung der Härtsfeldschule sind mittelfristig Ausgaben in Höhe von ca. 14 Mio. € im Investitionsprogramm vorgesehen. Im gleichen Zeitraum sind für den Bau eines Bildungshauses mit Schule und Kindergarten zusätzlich ca. 4,6 Mio. € eingeplant. Damit sollen in unmittelbarer Nähe zum Schulzentrum zusätzliche Räume für Kinderbetreuung und Grundschule geschaffen werden. Ein sicherlich erstrebenswerter Zustand, der aber aus unserer Sicht nochmals eingehend auf die Erforderlichkeit geprüft werden muss und ggfs. nur langfristig erreicht werden kann. Unserer Auffassung nach lässt es die aktuelle finanzielle Situation nicht zu, beide Maßnahmen gleichzeitig durchzuführen. Mit dem kurzen, aber sehr aussagekräftigen Satz „Es regnet rein“ hat Herr Bürgermeister Häfele den schlechten Gebäudezustand der Härtsfeldschule sehr eindrucksvoll beschrieben, weshalb wir der Sanierung der Härtsfeldschule oberste Priorität einräumen. Bei dieser Sanierungsmaßnahme müssen auch ausreichende Räume für die Grundschule geschaffen werden, so dass der gesamte Grundschulbereich wieder beim Schulzentrum angesiedelt werden kann. Neben dem Bedarf an Schulräumen besteht Bedarf an geeigneten Räumlichkeiten für die Ganztagesbetreuung von Kleinkindern und demnächst auch für Grundschulkin- der. Die eingangs erwähnte Verpflichtung zu einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung fordert uns auf, zunächst sowohl in der Kernstadt als auch in den Ortsteilen ernsthaft zu prüfen, ob bereits vorhandene städtische Gebäude für diesen Zweck entsprechend umgebaut, geeignete Objekte angemietet oder evtl. bereits vorhandene Einrichtungen reaktiviert werden können, so z.B. das Kindergartengebäude in Dorfmerkingen. Zwar ergaben Bedarfsermittlungen, dass vor allem Betreuungsplätze in Neresheim begehrt sind, einen wesentlichen Grund hierfür sehen wir jedoch darin,

dass derzeit nur in der Kernstadt Betreuungszeiten angeboten werden, die den Eltern eine Ganztagsbeschäftigung ermöglichen. Würden hingegen die Betreuungszeiten in den Einrichtungen der Ortsteile entsprechend erweitert und es berufstätigen Eltern dadurch ermöglicht, auf dem Weg zu ihrer Arbeitsstelle ihr Kind in die Einrichtung zu bringen, könnten wir mit vertretbarem Aufwand erreichen, dass vermehrt Betreuungsplätze auch außerhalb der Kernstadt nachgefragt werden.

Deshalb sind wir der Meinung, dass zuerst zwingend darauf hingewirkt werden muss, vorhandene Gebäude in der Kernstadt, aber auch in den umliegenden Ortsteilen mit einem finanziell vertretbaren Aufwand für die Kinderbetreuung instand zu setzen oder anzumieten. Sollte sich dann herausstellen, dass mittels dieser Maßnahmen keine ausreichenden Raumkapazitäten geschaffen werden konnten, so sehen wir als eine Alternative für einen Neubau eines Bildungshauses, einen Anbau an die Härtsfeldschule vorzunehmen. Wir beantragen deshalb, die im Haushalt 2022 und in den Folgejahren eingestellten Mittel in Höhe von insges. 4,6 Mio. € zugunsten der Sanierung der Härtsfeldschule zu verwenden.

Aber nicht nur für diese oben genannten Zielgruppen besteht Handlungsbedarf. Für alle Einwohner und Besucher der Stadt stellt sich schon seit Jahren das folgende Problem:

In Neresheim gibt es keine öffentliche behindertengerechte Toilette. Diese Investition hat für uns hohe Priorität und muss nach unserem Dafürhalten trotz allen kostenintensiven Projekten noch im Jahr 2022 umgesetzt werden. Die vorhandene öffentliche Toilette oberhalb des Café Meyer ist nicht behindertengerecht eingerichtet und müsste saniert werden. Zudem ist sie insbesondere für auswärtige Besucher mangels geeigneter Beschilderung fast nicht auffindbar. Das kleine Hinweisschild am Heimatmuseum stellt für uns keine geeignete Beschilderung dar. Eine solche behindertengerechte Toilettenanlage könnte sinnvollerweise in unmittelbarer Nähe des Stadtgartens realisiert werden, was sicherlich dem erhöhten Besucheraufkommen auswärtiger Gäste über die Sommerzeit, bei den dort stattfindenden Veranstaltungen, gerecht werden würde, wie z.B. während der Aktion „Blühendes Neresheim“. Im Zusammenhang mit dieser Aktion wird Vereinen auch angeboten, die Bewirtung zu übernehmen. Grundsätzlich sind die Vereine dankbar für diese Möglichkeit, allerdings ist die Annahme des Angebots aufgrund der fehlenden Infrastruktur eher eine Herausforderung als eine Chance. Kühlschränke müssen selbst angeliefert, Spülbecken in Eigenregie angeschlossen werden. Um den Hygienevorschriften gerecht zu werden, muss Warmwasser verfügbar sein. Vereine, die weder über die erforderlichen Ausstattungsgegenstände verfügen noch handwerklich versierte Vereinsmitglieder oder befreundete Helfer engagieren können, neigen dann eher dazu, dankend abzulehnen. Mit der Errichtung eines festen Gebäudes, bevorzugt in Holzbauweise, mit der erforderlichen Ausstattung, können wir hier leichtere Bewirtschaftungsbedingungen schaffen

und dadurch nachhaltige und langfristige Vereinsförderung bieten. Die Bewirtung in den Sommermonaten dürfte dann gewährleistet sein. Auch hier handelt es sich um eine Investition, bei welcher mit relativ geringem Aufwand höhere Zufriedenheit in der Bevölkerung erreicht werden kann, weshalb sie unseres Erachtens noch im Jahr 2022 getätigt werden sollte. Die bisherigen Planansätze sind deshalb dahingehend abzuändern, dass der vorgesehene Gesamtaufwand nicht über einen Zeitraum von 2 Jahren, nämlich in den Jahren 2022 mit 8.000, -- € und erst im Jahr 2023 in Höhe von 80.000, --€ berücksichtigt wird, sondern der Gesamtbetrag in Höhe von insgesamt 88.000, --€ bereits im Jahr 2022 zur Verfügung steht und diese Maßnahme im Jahr 2022 realisiert werden kann.

Schon seit längerer Zeit stehen Überlegungen an, die sanierungsbedürftige Gemeindehalle in Schweindorf durch ein Dorfgemeinschaftshaus zu ersetzen. Aufgrund des zu erwartenden hohen Sanierungsaufwands ist aus wirtschaftlichen Gründen der Neubau eines Dorfgemeinschaftshauses anzustreben. Für evtl. zu erwartende Planungsarbeiten und vorbereitende Maßnahmen wurden im Haushaltsplanentwurf 2022 60.000, -- € eingestellt. Wir befürworten diese Lösung. Unseres Erachtens muss deshalb sehr kritisch geprüft werden, ob noch Ausgaben für Unterhaltungsmaßnahmen für die Halle getätigt werden sollen. Will man unnötige Ausgaben vermeiden, muss dringend beschlossen werden, ob in die Sanierung der Halle oder in den Neubau eines Dorfgemeinschaftshauses investiert werden soll. Parallelinvestitionen müssen vermieden werden. Als Entscheidungshilfe befürworten wir, beide Maßnahmen mittels einer Machbarkeitsstudie gegenüberzustellen.

Sollten die von uns eingebrachten Bedenken und Vorschläge zur Sanierung der Härtsfeldschule, dem Bau eines Bildungshauses, Bereitstellung von Infrastruktur im Stadtgarten und einer behindertengerechten, öffentlichen Toilette im Haushaltsplan 2022 keine Berücksichtigung finden, wird die Fraktion der Freien Wählervereinigung dem Haushaltsplan in seiner jetzigen Form nicht zustimmen.

Abschließend möchten wir uns für die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung im vergangenen Jahr bedanken. Bereits im 2. Jahr der Pandemie mussten neben dem Tagesgeschäft sich ständig ändernde Corona-Regelungen zeitnah umgesetzt werden, Anfragen von Vereinsvorsänden und Privatpersonen beantwortet werden. Oftmals erforderte die Infektionslage kurzfristiges Handeln, dies alles haben Sie gut gemeistert. Herzlichen Dank dafür.

Unseren Dank möchten wir auch allen Vereinen und ehrenamtlich tätigen Personen aussprechen, die das gesellschaftliche Leben in unserer Gemeinde mitgestalten und tatkräftig unterstützen.“

Anschließend führte **Stadtrat Kaim** für die Fraktion der **Grünen** wie folgt aus:

„Nach 2021 wird auch 2022 ein weiteres, finanziell angespanntes Jahr werden. Das veranschlagte ordentliche Haushaltsergebnis weist nach wie vor ein Defizit von über 2 Millionen Euro auf. Der finanzielle Spielraum von Neresheim ist also begrenzt. Doch nicht nur wenn das Geld locker sitzt, sollte man sich Investitionen in den Klimaschutz leisten. Denn kein Klimaschutz ist immer die teuerste Lösung!

Bauen und Wohnen

Ein Großteil der Gemeinderatsarbeit 2021 erstreckte sich auf Bebauungsplanverfahren: Industriegebiete im Riegel und in Elchingen, Baugebiete in Schweindorf, Elchingen, Dorfmerkingen, Kösing und Neresheim, sowie auch mehrere vorhabenbezogene Bebauungspläne. Die Gestaltung der kommunalen Flächen ist die verantwortungsvollste Aufgabe der Gemeinde. Und gerade deshalb fordern wir hier eine andere, eine nachhaltigere Herangehensweise als im vergangenen Jahr und als es der Haushaltsplan 2022 fortschreibt. Anderenfalls droht uns der Erhalt der geschaffenen Infrastruktur in den kommenden Jahren zu überfordern.

Mit jedem neuen Baugebiet wird weitere Infrastruktur geschaffen, die gepflegt und erhalten werden muss. Dies verursacht hohe Kosten, die von meiner und den folgenden Generationen getragen werden müssen. Obwohl einige Instandhaltungsmaßnahmen in die Haushalte der Jahre ab 2023 verlegt wurden, stellen schon jetzt die Pflege und Instandhaltung der bestehenden Wohngebiete einen gewaltigen Posten im Haushalt 2022 dar. Gestaltungsmöglichkeiten in anderen Bereichen sind dadurch stark eingeschränkt.

Durch den Anschluss neuer Baugebiete an die bestehende Entwässerung müssen beispielsweise neue Kanäle verlegt und alte vergrößert werden. Die längst überfällige Aufdimensionierung des Kanals „Am Königsrain“ verursacht Ausgaben von rund 1,4 Millionen Euro, wird jedoch aufgrund der Haushaltslage erst 2025 durchgeführt. Bestehende Kanäle müssen regelmäßig gewartet werden. Die Kanalbefahrung der Kernstadt, welche marode Stellen aufdecken soll, verursacht in den kommenden 2 Jahren Kosten von über 200.000 EUR. Die Höhe der Kosten für daraus abzuleitende, notwendige Reparaturmaßnahmen kann man aktuell nur befürchten. Für Straßeninstandhaltung sind in 2022 mit rund 600.000 EUR ebenfalls gewaltige Ausgaben vorgesehen. Noch mehr Aufwendungen wurden in die folgenden Jahre verschoben. Vor dem Hintergrund dieser Kosten, sowie der Bevölkerungsentwicklung in Neresheim, ist der Drang, ständig neue Baugebiete entwickeln zu wollen, für uns nicht nachvollziehbar. Vor 20 Jahren hatte Neresheim 8.349 EinwohnerInnen. Heute liegt die Bevölkerungszahl nur noch bei 8.019. Der Zuwachs an Siedlungsfläche ist jedoch seither enorm. Je weiträumiger Baugebiete angelegt werden, desto aufwändiger sind Schaffung und Erhalt der Infrastruktur. Ein Ausweg, der die Kosten reduziert, ist die Verdichtung von Wohngebieten, sowohl im Bestand,

als auch im Neubaubereich. Das heißt: Baulücken schließen und vorrangig Mehrfamilienbebauung planen. Dies geschieht bereits in gewissem Rahmen. Jedoch müssen die aktuellen Bauplatzvergaberichtlinien so überarbeitet werden, dass die Entstehung von Geschosswohnungsbau gewährleistet ist. Ansonsten besteht die Gefahr, dass auf extra großen Bauplätzen Einfamilienhäuser gebaut werden und die gute Absicht ins Gegenteil verkehrt wird. Auch der demografische Wandel spricht gegen das Bauen in die Fläche mit reinen Einfamilienhäusern. Der Anteil der über 60-jährigen betrug 2020 in Neresheim 28% an der Gesamtbevölkerung. Das statistische Landesamt sagt für 2035 einen Anstieg des Anteils auf 35% voraus. Manchen Senioren ist es eine Last, die Häuser - für eine Familie gebaut und nun zu zweit oder allein bewohnt - zu pflegen und zu unterhalten. Ein attraktives, barrierefreies Wohnungsangebot bietet hierfür Lösungen und schafft freie Einfamilienhäuser für junge Familien. Zukünftiger, unschöner Leerstand in den Siedlungen sollte dringlichst vermieden werden.

Leider werden aktuell die Wohnbaugebiete in Neresheim fast ausschließlich im beschleunigten Verfahren nach dem umstrittenen § 13b BauGB, ohne Umweltausgleich, geplant. Am Rande der Ortschaften entstehen dadurch ausgedehnte, autoorientierte, gesichtslose Siedlungsareale. Landschaft wird versiegelt, Naturraum verbaut und das Ganze ohne Schaffung jeglicher ökologischer Ausgleichsflächen. Normalerweise sollen die negativen Umweltauswirkungen neuer Baugebiete, zumindest teilweise, durch Ausgleichsmaßnahmen kompensiert werden. Wir begrüßen deshalb, dass im Haushalt für die Umsetzung von längst überfälligen Maßnahmen zu Baugebieten der vergangenen Jahre 20.000 EUR eingestellt wurden. Es ist dringend notwendig und rechtlich verpflichtend, dass dieser Umweltausgleich erbracht wird.

Dass kein Umweltschutz letztendlich die teurere Lösung ist, zeigt ein weiterer Punkt: Neresheim ist anteilmäßig an den Ausgaben des Wasserzweckverbandes beteiligt. Im Wasserwerk Neresheim musste aufgrund der weit über den Grenzwerten liegenden, mikrobakteriellen Belastung des Grundwassers eine Ultrafiltrationsanlage nachgerüstet werden. Ursache der Verschmutzung ist das Eindringen von Gülle und Fäkalien in das Grundwasser. Wir bitten die Verwaltung deshalb mit Nachdruck, die Einhaltung der vorgeschriebenen fünf Meter Bewirtschaftungsabstände zu Gewässern einzufordern. Die Realität auf den Feldern sieht leider häufig sehr ernüchternd aus.

Erneuerbare Energien

Unser Haushaltsantrag zur Umstellung auf Ökostrom wurde letztes Jahr abgelehnt. Umso erfreulicher ist es, dass die Stadtverwaltung das Thema erneut aufgriff, und der Antrag im zweiten Anlauf eine Mehrheit fand. Wir sind überzeugt, dass die Energiewende machbar und für den Klimaschutz essenziell ist. Deswegen fordern wir die Stadtverwaltung dazu auf, mit gutem Beispiel voranzugehen und nach dem Dach des evangelischen Kindergartens auch weitere

städtische Dächer für die solare Energiegewinnung zu nutzen; entweder durch Verpachtung oder um den Strom selbst zu nutzen und dadurch Energiekosten zu sparen.

Gleichzeitig stellen wir den Antrag, den maximalen Flächenanteil für Photovoltaik-Freiflächen von 0,5% der Gemarkungsfläche auf 1,5% der Gemarkungsfläche zu erhöhen. Dies wäre nicht nur ein wichtiger Schritt für die Energiewende, an der sich so auch private Investoren beteiligen können, sondern lohnt sich für die Stadt Neresheim auch finanziell. Durch die kürzlich im EEG beschlossene Kommunalbeteiligung können durch die Erlaubnis weiterer Photovoltaikanlagen jährliche Erträge von über 200.000 Euro für die Stadt erzielt werden. Während der intensive Anbau von Mais als Energiepflanze der Umwelt schadet, können Freiflächensolaranlagen durch die Anlage von Blühflächen für Insekten und Reptilien sowie extensive Beweidung und Wiesenpflege viele Vorteile für die Natur bringen. Die Erhöhung des maximalen Anteils für PV-Freiflächen wäre demnach ein Gewinn auf mehreren Ebenen.

Kultur

Leider ließ die pandemische Lage dieses Jahr kulturelle Veranstaltungen nur in bedingtem Maße zu. Trotzdem erfreut sich der Stadtgarten und die Marktstraße, insbesondere auch durch das Blühende Neresheim, immer größerer Beliebtheit. Dringend notwendig ist es, diesen Bereich mit einem öffentlichen, barrierefreien WC auszustatten. Wir pflichten der Fraktion der Freien Wähler bei, dass die Errichtung einer solchen Toilette nach Möglichkeit der Errichtung eines weniger notwendigen Kiosks vorzuziehen sei.

Schon des Öfteren hat unsere Fraktion mehr Transparenz bei den Ausgaben und Einnahmen größerer Kulturveranstaltungen gefordert. Insbesondere geht es darum, die Akzeptanz für Veranstaltungen zu erhöhen, welche nicht unbedingt dem Musikgeschmack aller NeresheimerInnen entsprechen. Folglich freuen wir uns über den Antrag der CDU nach einer Kostenaufstellung für einzelne Events. Wir gehen sogar noch einen Schritt weiter und wünschen uns ein Mitspracherecht des Gemeinderats bei Veranstaltungen ab einer bestimmten Größe – beispielsweise über einen Kulturausschuss.

Personal

Mit rund 5,6 Millionen EUR machen die Personalaufwendungen rund ein Viertel des gesamten Haushalts aus. Selbstverständlich freuen wir uns mit allen MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung, die in diesem Jahr eine Tarifierhöhung oder einen Stufenaufstieg erwarten dürfen.

Für die großen und vielseitigen Aufgaben im Bereich des Klimaschutzes, sei es bei der energetischen Sanierung des Gebäudebestandes oder bei erneuerbaren Energien, wäre eine extra Personalstelle sinnvoll. Der Bund fördert solche Stellen finanziell über die Kommunalrichtlinie. Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, wie auch Neresheim von dieser Förderung profitieren kann. An dieser Stelle sei auch erwähnt, dass wir die Anträge der SPD-Fraktion unterstützen,

die darauf abzielen, dass die Stadtverwaltung vermehrt Beratungs- und Fördermöglichkeiten der Klimaschutz- und Energieagentur in Anspruch nimmt.

Verkehr

Der Gemeinderat hat sich im vergangenen Jahr für eine Ortsumfahrung von Neresheim und Ohmenheim stark gemacht. Wenngleich wir Grüne uns ebenfalls Verkehrsentlastungen wünschen, sehen wir die Lösung hierin primär nicht in einer Umgehungsstraße. Eine solche wird – wenn überhaupt – erst in vielen Jahren umgesetzt, und ist mit einem großen Eingriff in die Natur verbunden, sowie dem Anziehen weiteren Verkehrs auf das Härtsfeld. Einfluss auf kurzfristige Entlastung haben wir nur durch die Anpassung und den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Dieser ist auf dem Land aktuell mehr Notlösung als Alternative.

Es ist nach wie vor grundsätzlich erfreulich, dass der Stadtbus, welcher im Dezember 2020 seine Jungfernfahrt hatte, zum Großteil vom Landkreis gefördert wird. Die Fahrgastzahlen zeigen jedoch, dass ein ausschließlicher Linieneinsatz in der Kernstadt den wenigsten BürgerInnen von Nutzen ist. Über eine etwaige Anpassung des Konzeptes diskutiert der Gemeinderat in einer Klausurtagung im Februar. Ziel sollte es sein, schnellstmöglich alle Teilgemeinden an den Bus anzubinden. Dies gelingt am effektivsten und umweltfreundlichsten mit einem Rufbussystem. Damit die in einer Klausur herauszuarbeitenden Ideen auch konkret geplant und umgesetzt werden können, stellen wir den Antrag auf ein gewisses Budget hierfür im Haushalt.

Digitalisierung

Als positive Nebenwirkung hat Corona für einen Schub bei der Digitalisierung gesorgt. Nachdem die Grünen-Fraktionssitzungen bereits seit Beginn der Pandemie digital und kontaktlos stattfinden, wurde im vergangenen Jahr die erste Gemeinderatssitzung erfolgreich digital abgehalten. Alle Ratsmitglieder wurden erfreulicherweise mit notwendiger Hardware ausgestattet und im Haushalt sind weitere 130.000 EUR für EDV-Beschaffungen in der Verwaltung eingeplant.

Einen weiteren Schwerpunkt hat der Haushalt mit über 2 Millionen EUR im Ausbau des Breitbandnetzes. Um als eine ländliche Gemeinde nicht an Attraktivität zu verlieren, ist schnelles Internet unabdingbar. Der von Bund und Ländern geförderte DigitalPakt ermöglicht auch unseren Schulen, die Lernmethoden auf den aktuellen Stand der Technik zu bringen und die Jugend auf die Zeit nach dem Klassenzimmer vorzubereiten.

Schule & Kinderbetreuung

Die Anschaffungskosten von digitalen Endgeräten für die Schulen sind jedoch verschwindend gering, verglichen mit dem, was uns die dringend notwendige Sanierung der Härtsfeldschule kosten wird. Das Investitionsvolumen beläuft sich auf rund 14 Millionen EUR. Gemäß der

Haushaltsplanung wird mit der Sanierung erst 2023 begonnen. Das Gebäude ist allerdings bereits in einem solch desolaten Zustand, dass wir uns wünschen, manches Engagement für neue Baugebiete würde eher in die Schulsanierung investiert werden. Ein möglichst schneller Beginn der Arbeiten am Schulgebäude muss oberste Maxime sein. Die damit verbundenen Anstrengungen sollte uns die Jugend wert sein.

Ein weiteres Problem, welches sich in den kommenden Jahren noch zuspitzen wird, ist das Angebot an Kindergartenplätzen. Leider sehen wir langfristig auch keine Alternative zum Neubau eines Kindergartens in der Sohlhöhe. Im vergangenen Jahr konnte der von uns geforderte Waldkindergarten in Schweindorf eröffnet werden. Dieser erweitert nicht nur das Spektrum der Kinderbetreuung mit einer naturnahen Alternative, sondern wirkt auch dem Mangel an Kindergartenplätzen entgegen. Wir würden uns freuen, wenn perspektivisch eine solche Betreuungsmöglichkeit auch im Westen der Gemeinde angeboten werden könnte.

In diesem Jahr halten wir erstmalig unsere Haushaltsreden vor der Beratung und Abstimmung der Haushaltsanträge. Aussagen über ein Votum für den Haushalt können deswegen heute noch nicht getroffen werden. Wir danken dennoch bereits jetzt der Verwaltung und insbesondere Frau Sandra Schiele für die gute und übersichtliche Erstellung des Haushaltsplanentwurfes 2022.

An dieser Stelle möchten wir auch allen ehrenamtlich Tätigen, sei es im Naturschutz, der Feuerwehr, dem Roten-Kreuz der Kinder- und Jugend-, Flüchtlings- oder Seniorenarbeit für ihren Einsatz in ihrer Freizeit zum Wohle aller danken.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit“

Zum Schluss gab **Stadtrat Gillner** die Stellungnahme für die Fraktion der **SPD** ab:

„Unruhige Zeiten und Personalwechsel an wichtigen Stellen in der Stadtverwaltung haben das Jahr 2021 geprägt. So haben im vergangenen Jahr einige Mitarbeitende die Stadtverwaltung verlassen. Dies bringt immer einen Wissensverlust mit sich und hat vor allem an wichtigen Stellen zu Verzögerungen und Unruhe geführt. Deshalb sind wir froh, dass die Stellen gerade im Bauamt, dem Hauptamt und der Kämmerei neu besetzt werden konnten. Der Wechsel in der Kämmerei mit Frau Schiele als Nachfolgerin wurde offiziell bereits vom Gemeinderat beschlossen und wird nach Ausscheiden von Stadtkämmerer Herrn Wenzel so auch umgesetzt. An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Mitarbeitenden für das hohe Engagement bei der Überbrückung der Engpässe bedanken.

Nicht zu vergessen ist der Einsatz der Mitarbeitenden für die Bekämpfung der Corona Pandemie, die uns das ganze Jahr beschäftigt und zusätzlich für Unruhe bei der Erledigung des Tagesgeschäftes gesorgt hat und dies aktuell z.B. bei der Organisation von Impfangeboten

weiterhin tut. Mit großer Unterstützung durch die Neresheimer Vereine wurde zudem das Landesmusikfestival ausgerichtet und auch das Kulturprogramm musste immer wieder an die Umsetzungsmöglichkeiten durch die Corona Pandemie angepasst werden. Wir sind daher froh, dass die meisten Personalentscheidungen getroffen, und bereits wiederbesetzt werden konnten. Im Rahmen der Neubesetzungen wurde hierbei der Beschluss des Gemeinderates getroffen, künftig neu zu besetzende Stellen mit Leitungsaufgaben grundsätzlich auch öffentlich auszuschreiben, was wir als SPD Fraktion begrüßen.

Bedauerlich finden wir es, dass im letzten Jahr kaum Sitzungen des Verwaltungs- und Finanzausschusses stattgefunden haben. Bei der hohen Anzahl an Neueinstellungen ist dies aus unserer Sicht auch unverständlich und wir hoffen, dass in diesem Jahr wieder regelmäßige Sitzungen des Ausschusses stattfinden.

Die Haushaltsberatungen und ein eng geschnallter Geldgürtel sind für uns als finanzschwache Stadt ja nichts Neues. Bei den Beratungen und der Durchsicht nach Einsparmöglichkeiten war diesmal jedoch zunächst eine gewisse Ratlosigkeit bei der Suche nach Einsparmöglichkeiten zu spüren. Dies liegt daran, dass unser Haushaltsplan zu einem großen Teil Maßnahmen für die Erledigung unserer Pflichtaufgaben enthält, welche nicht gekürzt oder gestrichen werden können. Hierzu zählen die geplante Sanierung der Härtsfeldschule und der Ausbau unserer Kindergartenplätze. Der Zustand der Schule lässt ein weiteres Aufschieben der Sanierungsmaßnahmen nicht zu und muss angegangen werden. Hinzu kommt der Rechtsanspruch ab 2026 für eine Ganztagesbetreuung der Kinder im Grundschulalter, welcher ebenfalls bauliche Veränderungen notwendig macht. Ersten Schätzungen zufolge, belaufen sich die Kosten für die Sanierung der Härtsfeldschule auf ca. 14 Mio.€. Bei der Erweiterung der Kindergartenplätze sind wir froh, dass der Naturkindergarten in Schweindorf und eine Containerlösung für Ohmenheim im vergangenen Jahr umgesetzt werden konnten. Weiterer dringender Handlungsbedarf besteht nun in Neresheim, wo nach den aktuellen Zahlen und den zur Verfügung stehenden Plätzen in den nächsten Jahren 50 Kinder keinen Platz haben werden. Aktuell wird deshalb geprüft wie dies angegangen werden kann. Ein Bildungshaus mit geschätzten 4,5 Mio.€ wird sich für uns nur mit Zuschüssen umsetzen lassen, weshalb auch Alternativen geprüft werden müssen. Um die Bauzeit zu überbrücken, müssen auch Möglichkeiten wie z.B. Tagesmütter geprüft werden, um den Bedarf decken zu können.

Eine weitere Maßnahme zur Erfüllung unserer Pflichtaufgaben ist die Beschaffung der notwendigen Fahrzeuge für die Feuerwehr. Hierfür wurden knapp 800.000 € für die Jahre 2022/2023 eingeplant.

Auch die 130.000 € für die Einführung eines neuen EDV Systems, sind im Zuge der Digitalisierung der Verwaltung notwendig und nicht zu verschieben, denn nur dadurch können digitale Lösungen z.B. bei der Antragsstellung künftig umgesetzt werden.

Eine der wichtigsten Investitionen der nächsten Jahre sind die knapp 9 Mio. € für die Erweiterung der Gewerbegebiete in Neresheim und Elchingen. Durch diese Investitionen soll es weiteren Firmen ermöglicht werden, nach Neresheim zu kommen, Arbeitsplätze zu schaffen und unsere Einnahmen durch die Gewerbesteuer künftig verbessern. Die Steigerung unserer Einnahmen durch die Gewerbesteuer ist für uns eine der wenigen Möglichkeiten und daher zwingend notwendig um unseren Haushalt durch die anstehenden Aufgaben in den nächsten Jahren entlasten zu können.

Ebenfalls notwendig sind die geplanten Ausgaben für den Ausbau des Breitbandnetzes. Im Zeitalter der Digitalisierung, von Homeoffice, Homeschooling und Online-Fortbildungen gibt es hierfür keine Alternative und muss umgesetzt werden. In 2022 belaufen sich die Kosten abzüglich Förderung auf 2 Mio. € für das weiße Flächenprogramm. Für Umsetzung des grauen Fleckenprogramms werden die nächsten Jahre abzüglich Förderung nochmals 2 Mio. € Kosten auf die Stadt zukommen. Nach Abzug der Förderungen werden sich die Kosten für die Stadt also insgesamt in den nächsten Jahren auf ca. 4 Mio. € belaufen.

Auch die Investitionen für das Baugebiet in Dorfmerkingen mit rund 1,3 Mio.€ und die Baukosten für die Sanierung der Ortsdurchfahrt in Elchingen mit rund 550.000 € sind wichtig und notwendig.

Noch nicht im Haushaltsplan berücksichtigt sind Kosten für eventuell anfallende Kanalsanierungen. Da die Mehrzahl der Kanäle sehr alt und in einem maroden Zustand sind, können hierfür im schlimmsten Fall durch Rohrbrüche oder andere notwendig werdende Erweiterungen Kosten in Millionenhöhe anfallen. Dies bereitet uns Sorgen und muss in den nächsten Jahren ebenfalls angegangen werden, bevor uns dies vor die Füße fällt. Eine Bereitstellung eines Budgets lässt die aktuelle Situation allerdings nicht zu und Fördermittel gibt es hierfür aktuell auch keine.

Ebenfalls bereitet es uns Sorgen, dass wir aufgrund der finanziellen Situation in Neresheim vor 2025 keine zusätzlichen Bauplätze schaffen können. Dies ist unter anderem einer zuvor notwendigen Erweiterung eines Kanals geschuldet.

Wie von Bürgermeister Häfele bereits bei der Einbringung des Haushalts erläutert, handelt es sich bei der Durchsicht der Investitionen um notwendige Maßnahmen und keinen Luxus. Eine Aufschiebung der genannten Maßnahmen würde aus unserer Sicht dazu führen, dass wir einige unserer Pflichtaufgaben nicht oder nur mäßig erfüllen können und die Attraktivität der Gesamtstadt darunter leiden würde. Im Ergebnishaushalt stehen den Aufwendungen in Höhe von gerundet 22,9 Mio.€ Erträge von 20,8 Mio.€ gegenüber, weshalb das veranschlagte Gesamtergebnis bei -2,1 Mio. € liegt.

Die Frage nach Einsparmöglichkeiten stellt sich bei diesen Summen natürlich mehr denn je. Wir haben deshalb als SPD Fraktion den Antrag gestellt, dass der Gemeinderat die Stadtverwaltung damit beauftragt Kontakt zum Kompetenzzentrum Contracting der Klimaschutz- und

Energieagentur aufzunehmen. Dadurch soll ein geeignetes Modell für eine künftige effiziente Energieversorgung der Schulen und der umliegenden Gebäude geprüft werden. Als Beispiel für ein solches Projekt diene uns hierfür die Sanierung des Neckartenzlinger Schulzentrums durch eine Nahwärmeversorgung und eine energetische Gebäudesanierung. Alles im Rahmen eines Energieliefer-Contractingprojekts mit Effizienzmaßnahmen. Das Modell lohnt sich für kleine Kommunen, denn weniger CO₂-Ausstoß und Energieverbrauch kommen dem Klimaschutz und nicht zuletzt dem Gemeinde Budget zugute. Beim Energieliefercontracting erledigt ein Effizienz-Dienstleister alles aus einer Hand. Er investiert, führt die Bauarbeiten durch und ist zugleich Anlagebetreiber. Solche Contracting Modelle werden über das neue Förderprogramm Pro Eco vom Land mit Fördermitteln bezuschusst. Das aktuelle Contracting Modell endet 2024 und beinhaltet die Versorgung mit einem Blockheizkraftwerk.

Großes Einsparpotenzial sehen wir weiterhin bei unseren 72 Gebäuden. Hierbei befinden sich viele in einem energetisch schlechten und sanierungsbedürftigen Zustand. Es wurde deshalb bereits ein Arbeitskreis gegründet, um zu erörtern, welche Gebäude saniert und weiterhin genutzt werden können und von welchen sich die Stadt evtl. auch trennen muss.

Nach der Durchsicht der einzelnen Gebäude ist nun aktueller Stand, dass sich natürlich niemand gerne von einem Gebäude trennen möchte. Wir haben deshalb den Antrag gestellt, dass der Gemeinderat die Stadtverwaltung mit der Prüfung eines Antrages am Förderprogramm Klimaschutz Plus beauftragt. Ziel soll sein dadurch zu prüfen welche Gebäude durch eine entsprechende Förderung saniert werden und dadurch erhalten werden können. Durch eine Sanierung können Treibhausgasemissionen und letztlich Geld bei der Unterhaltung gespart werden. Ein entsprechender Antrag hierfür kann bei der Klimaschutz- und Energieagentur BW gestellt werden. Von Gebäuden, für die sich eine solche Sanierung nicht lohnt oder nicht umsetzen lässt, wird man sich künftig trennen müssen.

Eine weitere Einsparmöglichkeit sehen wir in der möglichen Verwendung von Holz aus unserem Stadtwald als Rohstoff für Baumaßnahmen. Der Rohstoff Holz bietet viele Vorteile beim Bauen und dem Klimaschutz und wird von der Landesregierung zusätzlich über eine Holzbau-Offensive gefördert. Aktuell wird bereits mehr als jedes dritte Ein- bis Zweifamilienhaus in Baden-Württemberg in Holz gebaut, bei Kindertagesstätten ist der Anteil mit nahezu 50% hoch. Für die Gemeinde als Waldbesitzer bietet sich die Möglichkeit den wertvollen Rohstoff aus dem eigenen Wald zu nutzen. Hierfür könnte über ein Projekt z.B. „Schule und Kita aus eigenem Holz“ eine Förderung im Zuge der Holzbauoffensive BW für ein innovatives Bauvorhaben beantragt werden. Wir haben deshalb den Antrag gestellt, dass der Gemeinderat die Stadtverwaltung mit der Prüfung der Verwendung des eigenen Holzes aus dem Stadtwald als Rohstoff für Bauvorhaben beauftragen soll.

Bezahlbarer Wohnraum wird immer weniger und in den nächsten Jahren wird es immer schwieriger werden, diesen ausreichend anbieten zu können. In Neresheim und den Teilorten

ist in den letzten Jahren eine deutliche Preissteigerung des Wohnraumes bei Bauplätzen und Wohnungen zu beobachten. Die Corona Pandemie hat zusätzlich zu einer Preissteigerung beim Bau eines Eigenheimes geführt. Hinzu kommt das im Koalitionsvertrag formulierte Netto Null Ziel beim Flächenverbrauch bis zum Jahr 2035. Dem steht erheblicher Bedarf zur Schaffung von Wohnraum gegenüber und es ist zu bezweifeln, dass diesem alleine durch Innenentwicklung und innovative Ansätze entgegengewirkt werden kann. Im vergangenen Jahr haben wir deshalb einen Antrag gestellt eine Wohnbau GmbH hierfür zu gründen. Nach ausführlichen Beratungen, dem dadurch notwendig werdenden Kapital und der Personalressourcen, konnte die Gründung bisher nicht als die für Neresheim passende Form überzeugen. Wir haben daraufhin unseren Antrag dahingehend abgeändert, anstatt einer GmbH einen Eigenbetrieb zu gründen. Die Beratungen hierfür laufen aktuell noch. Einigkeit besteht darüber, dass wir Möglichkeiten finden müssen um bezahlbaren Wohnraum anbieten zu können. Um bei dem Thema weiter zu kommen haben wir nun den Antrag gestellt am Förderprogramm Wohnraumoffensive BW teil zu nehmen. Dadurch sollen Impulse und Wege gefunden werden, wie wir in der Gesamtstadt in Zukunft bezahlbaren Wohnraum anbieten können. Diese Beratung wird vom Ministerium für Landesentwicklung mit 80% gefördert.

Barrierefreier Zugang und Inklusion sind nicht nur wichtig, sondern ein Rechtsanspruch für Menschen mit Behinderungen. Durch das Bundesteilhabegesetz wurde dieses Recht nochmals gestärkt und die Inklusion von Menschen mit Unterstützungsbedarf soll dadurch weiter vorangebracht werden. Oftmals wird diese Inklusion durch zusätzliche Barrieren bei den Zugangsvoraussetzungen zusätzlich erschwert. Durch die Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und das Pflegeheim für Senioren leben in Neresheim viele Menschen die durch solche Barrieren betroffen sind. Zu den Barrieren zählen z.B. Formulare beim Ausfüllen von Anträgen in zu kleiner Schrift und schwer verstehbarer Sprache, das Fehlen von Dolmetschern, barrierefreier Gestaltung von Einladungen oder der barrierefreie Zugang zu öffentlichen Plätzen und Gebäuden. Um hier besser zu werden, haben wir den Antrag gestellt, die Stelle eines Inklusionsvermittlers zu schaffen. Dieser soll ehrenamtlich angestellt werden und bei Fragestellungen als Ansprechpartner und Berater bei der Verbesserung der Inklusion in der Gesamtstadt tätig werden. Für die Qualifikation und Arbeit des Inklusionsvermittlers soll ein jährliches Budget vom Gemeinderat festgelegt werden. Als Beispiel hierfür dient uns die Gemeinde Herrenberg welche jährlich 10.000 € hierfür zur Verfügung stellt.

Eine Vielzahl an Aufgaben und wenig Budget werden es uns in den nächsten Jahren sehr schwer machen, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Ziel muss es natürlich sein, einer weiteren Verschuldung entgegen zu wirken. Unsere Pro-Kopf Verschuldung liegt aktuell

bei 911 €. Dieser leichte Rückgang im Vergleich zum Vorjahr liegt daran, dass geplante Maßnahmen bisher noch nicht umgesetzt werden konnten und die dafür anfallenden Kredite noch nicht aufgenommen wurden. Daher wird die Verschuldung nach deren Umsetzung wieder ansteigen. Hier bedarf es aus unserer Sicht aber auch der Unterstützung durch Bund und Länder, denn wenn 32 der 39 Kommunen im Ostalbkreis keinen ausgeglichenen Haushalt hinbekommen, ist dies schon besorgniserregend. Die eigenen Pflichtaufgaben zu erfüllen und zusätzlich die Klimaziele zu erreichen und die Entwicklung der Städte voran zu bringen wird eine Mammutaufgabe für finanzschwache Kommunen. Hier sollte aus unserer Sicht auch mehr berücksichtigt werden, welchen Beitrag Flächenkommunen wie Neresheim hier beim Umweltschutz leisten. Natürlich gibt es auch hier enormes Verbesserungspotential, aber die Energie durch Windräder, Solarparks und Photovoltaik kommt zu einem großen Teil aus dem ländlichen Raum, die hier einen großen Beitrag leisten und mit den dadurch entstehenden Einschränkungen leben. Gleichzeitig werden dort meist zwei Autos benötigt, da eine gute ÖPNV Anbindung fehlt. Bei den aktuellen Spritpreisen werden dadurch die Bürger der Flächenkommunen doppelt belastet. Das Thema ÖPNV wird auch deshalb für uns ein wichtiges Thema für die nächsten Jahre werden.

An dieser Stelle sind wir froh, dass der Stadtbus in Neresheim mit Unterstützung des Landkreises an den Start gehen konnte. Auch fand ein sehr guter Austausch mit Landrat Dr. Bläse und dem Gemeinderat zum Thema Umfahrung und dem entsprechenden Antrag der CDU Fraktion statt. An dieser Stelle möchten wir uns auch für die breite Unterstützung des Kreistages bedanken, der die Notwendigkeit der Umfahrung ebenfalls erkannt und unterstützt hat. Für Neresheim und Ohmenheim ist eine Ortsumfahrung aus unserer Sicht nicht nur notwendig um den stetig steigenden Verkehrszahlen entgegenzuwirken, sondern auch um bessere Möglichkeiten bei der Innenentwicklung der Ortskerne zu haben.

Eine weitere Chance für eine positive Entwicklung sehen wir in der von der Verwaltung eingebrachten Idee unseres Wisent Beweidungsprojektes. Dadurch wird nicht nur nachhaltiger Natur- und Artenschutz betrieben, sondern Neresheim als Ausflugsziel nicht nur für uns Neresheimer künftig noch ein wenig attraktiver werden. Durch die Heimattage 2024 erhoffen wir uns natürlich zusätzlich eine positive Entwicklung durch das landesweite Interesse und hoffentlich künftig auch dadurch wieder mehr Möglichkeiten die Entwicklung der Ortskerne und der Gesamtstadt voran zu bringen.

In der aktuellen Situation stehen viele wichtige Entscheidungen für die Zukunft an. Wir denken, auch trotz der angespannten Haushaltslage, dass es wichtig ist, mutige Entscheidungen zu treffen um jetzt die Chance zu nutzen, die Voraussetzungen für eine gute Zukunft der Gesamtstadt zu schaffen. Die genannten Maßnahmen sind für hierfür notwendig.

Der französische Schriftsteller und Politiker Victor Hugo sagte einmal zum Thema Zukunft:
„Die Zukunft hat viele Namen: Für Schwache ist sie das Unerreichbare, für die Furchtsamen das Unbekannte, für die Mutigen die Chance.“

Die anstehenden Investitionen sind aus unserer Sicht eine Chance für die Stadt, um in Zukunft gut gerüstet für die kommenden Aufgaben zu sein. Sie sind notwendig und müssen zeitnah umgesetzt werden. Wir werden deshalb dem eingebrachten Haushaltsplan der Stadtverwaltung zum Haushaltsjahr 2022 und den Folgejahren in der aktuellen Fassung zustimmen.
Herzlichen Dank!“

Bürgermeister Häfele dankte allen Rednern für die ausführlichen Stellungnahmen und fundierten Ausarbeitungen. Anschließend stellte er die einzelnen Anträge der Fraktionen zur Diskussion und Abstimmung.

Folgenden Anträgen wurde mehrheitlich zugestimmt:

- der Planungsansatz für die Sanierung der Turnhalle Schweindorf wird von 60.000 Euro durch 40.000 Euro für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie ersetzt (Antrag CDU)
- Wiederaufnahme der Sitzungsarbeit des Arbeitskreis Gebäude, um den Zustand sowie die Notwendigkeit der über 70 kommunalen Gebäude kritisch zu prüfen (Antrag CDU)
- tatsächliche Umsetzung der bereits geplanten und zukünftigen Maßnahmen zum ökologischen Ausgleich (Antrag CDU)
- Offenlegung der Kosten für die Kultur durch die Verwaltung soweit dies rechtlich aufgrund von Datenschutz und Vertragsrecht der Künstler möglich ist (Antrag der CDU)
- Aufnahme einer Planungsrate von 10.000 Euro für die Umgestaltung der Leichenhalle auf dem Friedhof Neresheim (Antrag CDU)
- Prüfung der barrierefreien Ausgestaltung von Bushaltestellen in der Ortsdurchfahrt Neresheim und bei künftigen Bauvorhaben, sofern dies technisch umsetzbar ist (Antrag CDU)
- Gründung eines Seniorenbeirats nach Ausarbeitung der Statuten (Zweck, Organisation, etc.) durch die Verwaltung (Antrag CDU)
- künftig soll auch die Jugendinitiative Neresheim eine Stellungnahme zum Haushalt abgeben (Antrag CDU)
- Ausarbeitung zur Schaffung eines öffentlichen WC's in der Neresheimer Innenstadt Übergangsweise in mobiler Form für das Jahr 2022 sowie Antragstellung auf Fördermittel zur Errichtung eines (dauerhaften) Kiosk mit Toilettenmöglichkeit im Stadtgarten Neresheim sowie Beschaffung von Ausstattungsgeräten für den Kiosk in 2022 (Antrag Freie Wähler)
- Prüfung der technischen Umsetzungsmöglichkeiten zur Anbringung von Photovoltaikanlagen (Stromerzeugung) bzw. Solaranlagen (Warmwasseraufbereitung) auf den Dachflächen der städt. Gebäude, insbesondere auch beim Freibad Kösing (Antrag Freie Wähler)

- Prüfung eines Antrags zur Teilnahme am Förderprogramm Klimaschutz Plus zur Sanierung von städtischen Gebäuden (Antrag SPD)
- Prüfung zu Contracting-Verträgen (bspw. über das Kompetenzzentrum Contracting der KEA Baden-Württemberg oder örtliche Firmen) bei der Sanierung von energetischen Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz bei der Energieversorgung der kommunalen Gebäude (Antrag SPD)
- Inanspruchnahme der kostenlosen Beratung des Kompetenzzentrums Wohnen BW im Hinblick auf eine mögliche Teilnahme am Förderprogramm Wohnraumoffensive BW zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum (Antrag SPD)
- Prüfung der Wirtschaftlichkeit hinsichtlich der Verwendung von Holz aus dem städtischen Waldbestand bei künftigen Projekten und Maßnahmen (Antrag SPD)
- Prüfung der Einrichtung der Stelle eines ehrenamtlichen Inklusionsvermittlers im Stadtgebiet in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt Ostalbkreis und Aufnahme einer Planungsrate von 5.000 Euro für die Umsetzung in 2022 (Antrag SPD)

Folgende Anträge wurden mehrheitlich abgelehnt:

- Zurückstellung des Baus eines Bildungshauses beim Schulzentrum Neresheim und dafür Vorziehen der Sanierung der Härtsfeldschule (Antrag Freie Wähler)
- Erhöhung des festgesetzten maximalen Flächenanteils für Photovoltaik-Freiflächenanlagen von 0,5% der Gemarkungsfläche auf 1,0% (Antrag Grüne)
- Aufnahme von 25.000 Euro für Planungsleistungen und Umsetzungsaufwendungen bzgl. des städtischen ÖPNV (Antrag Grüne)

Von der Verwaltung wurden noch folgende Änderungen vorgeschlagen:

- Erhöhung des Planansatzes für das Wisent-Projekt von 350.000 Euro auf 500.000 Euro aufgrund gestiegener Rohstoffpreise. Durch die 90%ige Förderung sowie Kostenbeteiligung der Gemeinde Nattheim entstehen lediglich Mehrkosten von 10.000 Euro.
- Nachdem im Zuge der Sanierung der Ortsdurchfahrt Elchingen in diesem Jahr auch ein Fahrradschutzstreifen von Neresheim kommend auf der rechten Fahrspur angebracht wird, hat der Ortschaftsrat zugestimmt, dass nicht zusätzlich der bestehende Fahrradweg zu den Haldenhöfen verbreitert wird. Der Änderung des Planansatzes wurde bei 2 Enthaltungen zugestimmt.
- aufgrund der angespannten finanziellen Lage muss die Sanierung der Böhmerwaldstraße aus der mittelfristigen Finanzplanung genommen werden. Aufgrund der Dringlichkeit sollte auch ein Zeitplan für die Umsetzung notwendiger Kanalsanierungsmaßnahmen erstellt werden.

Vorstellung der Ergebnisse der Jugendumfrage durch die Jugendinitiative

Die Jugendinitiative Neresheim hatte im Jahr 2021 eine Umfrage unter den Schülern der Neresheimer Schulen ab der 5. Klasse durchgeführt, an der 791 Jugendliche zwischen 11 und 18 Jahren teilgenommen haben. Das Ergebnis stellten Mortiz Hafner und Fabian Wörle stellvertretend für die Jugendinitiative Neresheim dem Gemeinderat vor. Abgefragt wurde u.a. die Zufriedenheit mit dem bisherigen Jugendangebot im Gesamtstadtgebiet, zum Besuch einer Jugendfreizeiteinrichtung, Aspekte der Freizeitgestaltung, Mobbing und Bedarf nach Information, Beratung und Unterstützung. Auch wurde erhoben, wer sich wie und wo in der Freizeit ehrenamtlich engagiert. Interessant dabei waren auch die Aussagen zur Infrastruktur in Neresheim (Busverbindungen) oder dem Veranstaltungsangebot für Jugendliche, Engagement im Natur- und Umweltschutz, Problemen mit Sucht, Alkohol und Drogen. Allgemein wurde auch nach den Wünschen für den Wohnort Neresheim gefragt. Es konnte festgestellt werden, dass ein gewisses Informationsdefizit für Jugendliche vorhanden ist, denn für viele Wünsche gibt es bereits Angebote, nur sind diese den Jugendlichen nicht bekannt. Andere Wünsche wie ein Mountainbike-Park oder Trampolin im Stadtgarten, Eröffnung eines betreuten Jugendzentrums können ohne finanzielle Ausstattung nicht so einfach umgesetzt werden. Hierzu wurden 20.000 Euro in den Haushalt aufgenommen. Die Gemeinderäte dankten der Jugendinitiative für die Durchführung der Umfrage, die wertvolle Anhaltspunkte für die künftige Gremienarbeit liefern. Bürgermeister Häfele war sich sicher, dass einzelne Maßnahmen aus den Wünschen umgesetzt werden können. Insbesondere hinsichtlich der Informationen des bereits bestehenden Angebots werde man sich Gedanken machen und Wege suchen, um an die Jugendlichen heranzukommen. Die Jugendinitiative betonte, dass sich gerne weitere Jugendliche den regelmäßig stattfindenden Besprechungsterminen anschließen können, auch wenn dies nur für einen einzigen Termin ist. Auch über social media versuche man, die Jugendlichen besser einzubinden und zu informieren.

Genehmigung von Spenden

Der Gemeinderat stimmte der Annahme folgender Spenden an die Städt. Kita Dorfmerkingen zu:

- Geldspende 150 Euro der Fa. Andreas Durner-Impulse-Notfallmanagement SolutionsUG an den Treffpunkt F
- Geldspende von jeweils 500 Euro an die städtischen Kita's Ohmenheim, Dorfmerkingen, Schweindorf

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Bürgermeister Häfele gab aus der Sitzung des Gemeinderats am 20.12.2021 zwei Bauplatz-zuteilungen für Wohnbebauung in Schweindorf (Torweg) und Neresheim (Graf-Stauffenberg-Straße) bekannt. Zudem hatte der Gemeinderat 3 Anträgen auf Höhergruppierungen im Bereich der Verwaltung zugestimmt.

Verschiedenes, Bekanntgaben, Anfragen

1. Bürgermeister Häfele ging vor Beginn der Sitzung einleitend auf die aktuelle Corona-Situation in Neresheim ein. Die 7-Tage-Inzidenz in Neresheim ist wieder auf einem hohen Niveau und liege bei 487,5 sowie im Ostalbkreis bei 420. Deshalb finde die Sitzung unter der 3G-Regelung statt, wobei zusätzlich allen Teilnehmern und Besuchern eine Testung vor Ort durch das DRK Neresheim angeboten wurde. Zudem gilt während der Sitzung für Alle eine Maskenpflicht. Besorgniserregend sei nach wie vor die rasante Verbreitung der Omikron-Variante, weshalb erhöhte Aufmerksamkeit und Vorsicht geboten sei, wobei diese bisher mildere Verläufe zeige.
2. Bürgermeister Häfele gab eine Information des Landratsamt Ostalbkreis bekannt, wonach die Sanierung der K3314 von Schweindorf zur B466 im Jahr 2022 saniert werden soll sowie im Jahr 2023 die K3298 von Dorfmerkingen nach Unterriffingen (bis zur L1080).
3. Zudem suche das Landratsamt Ostalbkreis für die Durchführung des Zensus 2022 noch Erhebungsbeauftragte. Hier können sich Freiwillige aus der Bevölkerung, aber auch Ratsmitglieder gerne beim Landratsamt Ostalbkreis melden.